

Beschluss der Philosophischen Fakultät vom 16.05.2018:

Für wissenschaftliche Freiheit in Verantwortung

Die Philosophische Fakultät will im Bewusstsein ihrer Geschichte eine kritische Wissenschaftsfreiheit realisieren. Sie will dazu beitragen, dass dieser Planet heute und in Zukunft von der gesamten Menschheit würdig und in Frieden bewohnt werden kann. Sie sieht sich dem universitären Leitbild von Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie verpflichtet und sieht die Landesregierung in der Verantwortung, die Bedingungen an den Hochschulen dafür zu verbessern.

Im Zuge der angestrebten Reform des Hochschulgesetzes durch die neu gewählte Landesregierung fordert die Fakultät daher:

- Die Stärkung umfassender wissenschaftlicher Bildung zur Förderung mündiger Persönlichkeiten statt Restriktionen und technokratischen Vorgaben bei der Gestaltung der Studiengänge. Studierende brauchen Zeit für Bildung und soziales Engagement und die Hochschulgremien Möglichkeiten zur Gestaltung der Studiengänge. Die Freiheit der Wissenschaft gilt auch für Studierende.
- Die Fakultät bemüht sich, die Beschäftigungsverhältnisse zu verbessern und stößt dabei an die Grenzen kurzfristiger Mittelvergabe und Drittmittelfinanzierung. Wir fordern daher die substantielle Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen. Verwaltung, Lehre und Forschung sind unter der Maßgabe kurzfristiger Beschäftigung und damit verbundenem Anpassungsdruck nicht verantwortlich zu realisieren.
- Die verantwortliche Entwicklung der Wissenschaften bedarf der demokratischen Selbstverwaltung der Universität. Die Fakultät setzt sich daher dafür ein, dass die Entscheidungsmöglichkeiten der universitären Gremien gestärkt werden.

Die Fakultät unterstreicht außerdem die Ablehnung von Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger, gerade angesichts des Rückgangs der Neueinschreibungen von Studierenden von außerhalb der EU in Baden-Württemberg. Internationaler Austausch von Studierenden und die Möglichkeit eines Studiums in Deutschland darf nicht fokussiert sein auf Geldeliten der Herkunftsländer, sondern muss die Demokratie stärken. Gerade in den aktuellen Zeiten bedarf es einer verstärkten Öffnung der Hochschulen für Studierende aus aller Welt.

Dieser Beschluss wird an die Mitglieder des Senats weitergeleitet.